Stephan Mayer, MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

/// Die Grenzen zwischen Ideologie und Radikalisierung sind fließend

Was macht den Salafismus so gefährlich?

Das Thema Salafismus ist der breiten Bevölkerung in Deutschland wohl insbesondere seit dem Jahr 2013 ins Bewusstsein gerückt, als es zu umfänglicher medialer Berichterstattung anlässlich der kostenlosen Verteilung des Koran unter dem Motto "Lies!" in Berlin, München, Wien und vielen weiteren Großstädten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gekommen ist.

Erstaunlicherweise wurde seinerzeit noch vielfach verharmlosend und in der Rückschau ausgesprochen naiv argumentiert, dass dieses – später gerichtlich verbotene – Werben für eine Religion doch nicht als gefährlich oder gar gemeinschädlich gelten könne. Schließlich würden damit ja noch keine Straftaten begangen und die Religionsfreiheit sei jedermann grundgesetzlich garantiert und als eines der wichtigsten Grundrechte verankert. Missionieren sei schließlich auch im Christentum bis heute nicht fremd und habe über die Jahrhunderte ebenso nicht immer nur zum Positiven geführt.

Werben für eine Religion ist nicht per se verboten.

Von religiöser Romantik auf den Boden der (blutigen) Tatsachen

Derartige, von geradezu erschreckender Weltoffenheits- und Religionsromantik getriebene Stimmen sind in der deutschen Innenpolitik zwischenzeitlich, außer vereinzelt hier und da im linksideologischen Spektrum, gottlob weitestgehend verstummt. Denn selbstverständlich ist es zwar ein immanent wichtiges und unumstößliches Kennzeichen unserer Verfassung, unserer offenen Gesellschaft und unseres Rechtstaats, allen Mitbürgern die freie Ausübung ihrer Religion zu garantieren, die öffentliche Kommunikation hierüber natürlich eingeschlossen.

Das Dulden fundamentalistischer Ansichten ist falsch verstandene Toleranz. Aber die sich aufdrängende Frage – und die stellt sich nicht nur aus sicherheitspolitischen Aspekten, sondern aus dem gesamtgesellschaftlichen Konsens unseres Fortbestehens – ist: Wie weit, bei aller Offenheit, darf die Toleranz für fundamentalistische religiöse Ansichten gehen angesichts der Vielzahl von Menschen, die in den vergangenen Jahren in unseren europäischen Nachbarländern und auch in Deutschland Opfer geworden sind von Terroranschlägen sich radikalisierender Islamisten? Denn bereits zeitnah nach der eingangs beschriebenen, scheinbar harmlosen Verteil-Aktion begann eine Verkettung der Anschläge von Nizza, Paris, Würzburg, Brüssel und Berlin, um nur einige zu nennen. Diese Anschlagserien halten bis heute an.

Niemand wird als Terrorist geboren, sondern erst durch Radikalisierung dazu gebracht. In vielen Fällen erfolgte die Radikalisierung der Täter, wie wir feststellen mussten, nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch mitten in Deutschland und Europa.

Was macht den Salafismus so gefährlich?

Es wäre zu eindimensional und Wasser auf die Mühlen von Populisten, eine direkte Kausalität zwischen salafistischem Missionierungseifer, der so genannten "Dawa", und einzelnen Anschlägen der zurückliegenden Zeit zu ziehen. Ein pauschales Gleichsetzen entweder aus Unkenntnis oder sogar vorsätzlich aus Gründen besserer politischer "Vermarktbarkeit" am rechten Rand mit dem Ziel, Ängste zu schüren nach dem Motto "Islam = Islamismus = Salafismus = Terrorismus" ist falsch und gefährlich. Beispielsweise ist laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine Veränderung der salafistischen Szene infolge des verstärkten Zuzugs syrischer und irakischer Migranten seit dem Jahr 2015 trotz festgestellter Einflussnahmeversuche durch salafistische Akteure nicht feststellbar. Gleichwohl hat die Flüchtlingswelle das subjektive Sicherheitsgefühl hierzulande in dieser Hinsicht negativ beeinflusst. Das Sicherheitsgefühl fragt jedoch nicht nach richtigen oder falschen Kausalitäten, weshalb wir es nicht pauschal ignorieren dürfen.

Der Salafismus ist eine islamistische Ideologie und zugleich eine extremistische Gegenkultur mit einem abgrenzenden Lebensstil. Mit seiner Abschottung zieht er insbesondere Personen an, die sich in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert und nicht angekommen fühlen. Die salafistische Doktrin bietet ungefestigten, leicht zu beeinflussenden Personen eine "Bleibe", indem sie das alltägliche Leben bis ins Kleinste zu bestimmen versucht. Wer sich solchermaßen zum quasi "elitären Kreis" der moralisch überlegenen Kämpfer für den "wahren Islam" zählen lassen will, für den ist es nicht mehr allzu weit, nicht nur zu werben (wie es der politische, gemäßigte Salafismus tut), sondern auch Straftaten gegen "Ungläubige" im Sinne des radikalen, so genannten jihadistischen Salafismus zu begehen. Die Grenzen verlaufen fließend. Die grundsätzliche Bejahung von Gewalt ist immanenter Bestandteil salafistischer Ideologie, was Radikalisierte unberechenbar und Gefährdungsprognosen im Einzelfall trotz hoher Professionalisierung und Vernetzung der Sicherheitsbehörden so schwierig macht.

Die salafistische Szene in Deutschland: Stabilisierung der Zahlen auf hohem Niveau

Der politische Salafismus in seiner extremen, gesellschaftsfeindlichen Ausprägung, die dadurch ganz erheblichen Schaden anrichtet, ist kein Phänomen der letzten Jahre. Er ist schon länger Gegenstand innenpolitischer Betrachtungen und Maßnahmen sowie exekutiven Vollzugs – etwa von Vereinsverboten. Fakt ist, dass die Anzahl der Salafisten laut BfV erheblich angestiegen ist. Wurde das dem Salafismus in Deutschland zuzurechnende Potenzial durch das BfV im Jahr 2011 noch auf 3.800 Personen geschätzt, so weist der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2019 insgesamt 12.150 Personen aus. Dies kommt mehr als einer Verdreifachung in wenigen Jahren gleich. Von 2011 bis 2013 gab es einen relativ moderaten Anstieg von insgesamt 1.940 Personen. Zwischen den Jahren 2013 und 2017 – der Hochphase des IS-"Kalifats" – hingegen stieg die Zahl um insgesamt 5.060 Personen an. Seit 2017 verlangsamt sich das Wachstum der salafistischen Szene in Deutschland deutlich, was sicherlich auf den wachsenden Druck der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Wir können aber allenfalls von einer Stabilisierung auf hohem Niveau sprechen.

Die den Salafismus zuzurechnenden Personen haben sich innerhalb weniger Jahre verdreifacht.

Prävention als wichtiger Bekämpfungsbaustein

Ein hartes und unnachgiebiges Vorgehen gegen islamistische Gewalttäter ist wichtig. Gleichfalls von Bedeutung ist es aber, gerade im Bereich des Salafismus als Nährboden für spätere terroristische Gewaltakte, nicht ausschließlich dem Ruf nach Aufklärung und harter Bestrafung der Täter auf der repressiven Seite zu folgen. Das Vorgehen muss deshalb ganz wesentlich vor allem auf der Prävention beruhen.

Die Bundesregierung trägt der außerordentlichen Bedeutung der Extremismusprävention – auch im Bereich Islamismus – seit langem intensiv Rechnung. So finanzieren das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit ihren Förderprogrammen einen bedeutenden Teil der Präventionsarbeit und fungieren damit als wesentliche Impulsgeber auf Landes- und kommunaler Ebene. Im Jahr 2016 hat die Bundesregierung eine Strategie vorgelegt, die vorsieht, die Aktivitäten des Bundes in der Extremismusprävention zu konzertieren und außerdem weiterhin zu optimieren.

Ebenso führt der Freistaat Bayern im Rahmen eines systematischen ganzheitlichen Ansatzes mit hoher Intensität general- und spezialpräventive sowie deradikalisierende Maßnahmen durch. Beispielhaft ist hier die Präventionsstelle Salafismus des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz zu nennen, deren Schwerpunkt im Bereich der spezifischen Prävention mit einer Vielzahl von Schulungs- und Beratungsangeboten liegt.

Integration entzieht der Radikalisierung den Nährboden. Integration als solche wirkt deradikalisierend. Sie trocknet quasi den Nährboden für Radikalisierungstendenzen aus. Wer in der Gesellschaft "angekommen" ist, die deutsche Sprache beherrscht und sich dauerhaft in einem gefestigten sozialen- und Arbeitsumfeld bewegt, bietet nur wenig Angriffsfläche, Willen oder Zeit, sich in ein radikales Milieu zu begeben. Das gilt für den Salafismus genauso wie für andere Phänomenbereiche des extremistischen Spektrums.

Politik darf nicht nur an den Symptomen operieren

Wir sind - befördert durch die heute in aller Regel situativ auf Themen einsteigende und diese dann gleich wieder fallen lassende Berichterstattung auch innenpolitisch mitunter in der Situation, ausschließlich reaktiv zu handeln und auf schnell sichtbare Erfolge zu setzten. Letzteres ist zweifellos ebenfalls wichtig, etwa im Bereich der Clan-Kriminalität. Nicht minder wichtig erscheint es aber, einen langen Atem zu haben, insbesondere im Bereich der Deradikalisierung. Radikalisierung geschieht nicht von heute auf morgen und ist ebenso wenig über Nacht wieder verschwunden.

Wir dürfen zudem nicht den Fehler machen, nur das als gefährlich einzustufen, was wir sehen. Die Koran-Verteilaktion "Lies" war insoweit als ein sehr seltenes offenes Auftreten zu werten, um Selbstbewusstsein und eigene Stärke öffentlich zu demonstrieren und auszustrahlen. Diese Taktik hat sich wieder geändert. Wie das BfV berichtet, ist die Szene auch aufgrund des sicherheitsbehördlichen Drucks einer Fragmentierung in Splittergruppen unterworfen, Sympathisanten arbeiten heute weitestgehend wieder im Verborgenen. Dies darf uns indes nicht dazu verleiten anzunehmen, das Problem der Radikalisierung durch fundamentalistisch-salafistische Prediger existiere nicht mehr, nur weil man es in der Öffentlichkeit nicht oder kaum mehr wahrnimmt. Denn weiterhin geht man von einer hohen zweistelligen Anzahl an Personen aus, die lokal und regional begrenzt Einfluss auf die salafistische Szene nehmen. Da Verantwortliche von salafistischen Moscheevereinen verstärkt darauf achten, verfassungsfeindliche Aussagen in Predigtinhalten zu vermeiden, finden Radikalisierungen vor allem in kleinen konspirativen privaten Zirkeln und im Internet statt.

Selteneres offenes Auftreten erfordert umso höhere Wachsamkeit.

Fazit und Ausblick

Trotz sehr erfolgreicher Bekämpfung ist leider auch zukünftig mit Anschlägen zu rechnen. Dass es seit der Serie von Vorfällen des Jahres 2016, gipfelnd im Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit 12 Toten und 55 Verletzten, gelungen ist, Terroranschläge mit islamistischen Hintergrund in Deutschland wenn nicht auszuschließen, so doch erheblich einzudämmen, ist erleichternd und ein Beleg für die innenpolitischen Anstrengungen und exzellenten Leistungen der Sicherheitsbehörden des Bundes und insbesondere auch des Freistaates Bayern. Es macht die nach wie vor gegebene Radikalisierung aber deswegen nicht ungefährlicher. Mit terroristischen Anschlägen muss daher immer noch jederzeit gerechnet werden. Das Gefährdungspotenzial des Salafismus ist, obschon zuletzt nicht weiter gewachsen, anhaltend hoch. Sich verändernde modi operandi, die Fragmentierungstaktik, der Rückzug ins Private und vermehrte Onlineaktivitäten erfordern weiterhin Anpassungen und Ertüchtigungen des sicherheitsbehördlichen Instrumentenkastens, will man auch zukünftig in der Lage sein, salafistische Bestrebungen frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat sich mit ihrem 7-Punkte-Plan ganz klar positioniert. Sie fordert

- eine aktuelle Bewertung aller bekannter Gefährder einschließlich deren engmaschiger Überwachung durch die Länder,
- · eine gesetzliche Erlaubnis zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung und zu Online-Durchsuchungen für den Verfassungsschutz,
- wo immer möglich eine konsequentere Abschiebung von Gefährdern in ihre Herkunftsländer.
- die Verhinderung der Einreise ausländischer Gefährder nach Deutschland durch verschärfte Kontrollen,
- die strafrechtliche Verfolgung bereits der Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen und nicht nur das Werben um neue Mitglieder und Unterstützer,
- Isolation von Gefährdern im Justizvollzug und
- die deutliche Intensivierung des Kampfes gegen den Terror auch auf europäischer Ebene.

Insofern gibt es für die jetzige und die künftige Bundesregierung genug zu tun. Innen-, migrations- und integrationspolitische Konstellationen und Anschauungen unseres föderalen Systems werden wesentliche Mitbedingungen dafür sein, ob wir dem Salafismus in Deutschland weiterhin mit dem Ziel eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes auf Augenhöhe entgegentreten werden können.

Ganzheitlicher Bekämpfungsansatz ist entscheidend.

///